

Jörg Alt
Michael Bommers (Hrsg.)

Illegalität

Grenzen und Möglichkeiten
der Migrationspolitik



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

Jörg Alt · Michael Bommers (Hrsg.)

Illegalität

Jörg Alt · Michael Bommes (Hrsg.)

Illegalität

Grenzen und Möglichkeiten
der Migrationspolitik



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von ProAsyl.

PRO ASYL

Förderverein PRO ASYL e.V.

1. Auflage Februar 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: MercedesDruck, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-531-14834-6

Inhaltsverzeichnis

<i>Jörg Alt, Michael Bommes</i> Dank der Herausgeber	11
<i>Michael Bommes, Susanna Schmidt, Josef Voß</i> Vorwort der Veranstalter	13
<i>Wolfgang Thierse</i> Grußwort	19
<i>Georg Sterzinsky</i> Grußwort	22
<i>Josef Voß</i> Einleitung: ‘Illegale’ unter uns: Was ist die Aufgabe der Kirche?	27

Teil I: Wissenschaft

<i>Dominik H. Enste, Friedrich Schneider</i> Schattenwirtschaft und irreguläre Beschäftigung: Irrtümer, Zusammenhänge und Lösungen	35
<i>Hans-Jörg Albrecht</i> Illegalität, Kriminalität und Sicherheit	60
<i>Heiner Bielefeldt</i> Menschenrechte ‘irregulärer’ Migrantinnen und Migranten	81
<i>Michael Bommes</i> Illegale Migration in der modernen Gesellschaft – Resultat und Problem der Migrationspolitik europäischer Nationalstaaten	95

Teil II: Politik und Verwaltung

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Irreguläre Migration nach Deutschland und Europa: Humanitäre und politische Ansprüche im Widerstreit? 119

Cornelie Sonntag-Wolgast

Illegalität aus dem Blickwinkel der Innenpolitik – ein verdrängtes Problem..... 128

Christa Nickels

Rechtliche Klarstellungen sind überfällig 132

Hans-Joachim Stange

Maßnahmen zur Eindämmung irregulärer Migration und ihre impliziten Annahmen über Motive und Ursachen..... 139

Christian Klos

Illegale Zuwanderung: Grenzen der Kontrolle..... 148

Teil III: Praxis

Vera Borgards

Menschen in der Illegalität und die Praxis der Rechtsausübung 157

Lea Ackermann

Illegal, scheinlegal, legal – Frauen ohne Menschenrechte..... 165

Matthias Kirchner

Wem nützen bzw. schaden ‘illegale’ Migranten? 170

Adelheid Franz

Lebenssituation, soziale Bedingungen, Gesundheit: Menschen ohne Krankenversicherung..... 180

Teil IV: Podiumsdiskussion

*Teilnehmende: Siegfried Benker, Wolfgang Bosbach, Cornelia Bührle,
Lutz Diwell*

Moderation: Beatrice von Weizsäcker

Schlusspodium 193

Nachwort 211

Anhang

Verzeichnis der Beitragenden..... 215

Manifest Illegalität..... 219

Abkürzungen

Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
Art.	Artikel
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AuslG	Ausländergesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DYMIMIC	Dynamic Multiple Indicator Multiple Causes Approach
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
GG	Grundgesetz
ILO	International Labour Organisation
IG	Industriegewerkschaft
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln
MMM	MalterserMigrantenMedizin, Berlin
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
StGB	Strafgesetzbuch
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VN/UN	Vereinte Nationen/United Nations
WSK	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees

Dank der Herausgeber

Eine Tagung zu veranstalten, an der hochkarätige und vielbeschäftigte Experten teilnehmen, ist ein schwieriges Unterfangen. Eine Tagungsdokumentation zeitnah zu der Veranstaltung herauszugeben und die Teilnehmer zu bitten, neben ihren anderweitigen Aufgaben ihre Beiträge zu überarbeiten, unsere Vorschläge gegenzulesen und die Veröffentlichung schließlich zu autorisieren ist ein nahezu unmögliches Unterfangen. Umso dankbarer sind wir allen Beitragenden zu diesem Band für ihre exzellente Kooperation, die ein zeitnahes Erscheinen dieses Tagungsbands nun doch ermöglicht.

Wir danken dem Verlag für Sozialwissenschaft für die Publikation dieses Bandes und unserer Lektorin Monika Mülhausen sowie Frau Anke Hoffmann für die gute Betreuung und Begleitung unserer herausgeberischen Bemühungen.

Des Weiteren danken wir PRO ASYL für die Bezuschussung dieses Bandes, wodurch das Buch für ein breites Publikum erschwinglicher wird.

Abschließend danken wir Frau Dr. Ute Koch für die Mithilfe bei den Formatierungs- und Layout-Arbeiten. Ohne sie wären die Herausgeber im Kampf um Einhaltung des Zeitplans und den Vertracktheiten der Erstellung eines druckfertige Manuskripts unterlegen.

Ein Hinweis zur Terminologie: Dem Leser wird auffallen, dass in den Beiträgen zu diesem Band von 'Illegalen', irregulären Migrantinnen und Migranten, Menschen ohne Aufenthaltsstatus, heimlichen Menschen, illegal Aufhältigen usw. die Rede ist. Die Herausgeber haben hier nicht redaktionell eingegriffen, sondern die Wortwahl der Verfasser respektiert und beibehalten. Immer handelt es sich aber um die Personengruppe der Menschen ohne Aufenthaltrecht und Duldung.

Berlin/Osnabrück im August 2005

P. Dr. Jörg Alt SJ
Prof. Dr. Michael Bommes

Vorwort der Veranstalter

Seit Jahren sind Einrichtungen und Verbände der Katholischen Kirche mit den Auswirkungen illegaler Migration vertraut, da sie immer wieder von Betroffenen um Rat und Hilfe gebeten werden. Vor diesem Hintergrund haben sie sich im Diskurs mit Politik und Verwaltung und in der Öffentlichkeit um eine Verbesserung der Lage und um pragmatische Lösungen für schwierige humanitäre Probleme bemüht.

Leider war diesen Bemühungen bislang nur sehr wenig Erfolg beschieden. Positive Ansätze, wie sie etwa in den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, den Jahresberichten der Bundesintegrationsbeauftragten, Publikationen des Rates für Migration oder dem Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration enthalten sind, fanden aufgrund von Ereignissen, die direkt mit dem Phänomen der illegalen Migration nichts oder nur sehr wenig zu tun hatten – wie beispielsweise islamistisch motivierte Attentate oder die so genannte ‘Visa-Affäre’ – nicht die angemessene Resonanz. Stattdessen boten diese Anlässe denjenigen in Politik und Gesellschaft, die eine Auseinandersetzung mit dem Thema scheuen, die Gelegenheit, weiterhin auf eine Tabuisierung des Themas und eine Kriminalisierung der Betroffenen zu setzen. In einer zunehmend polarisierten politischen Auseinandersetzung stellten zudem einige in Fragen illegaler Migration engagierte gesellschaftliche Gruppen weitgehende, angesichts der politischen und gesellschaftlichen Realitäten aber kaum realisierbare Forderungen nach ‘Legalisierungskampagnen’ nach dem Vorbild anderer Staaten.

In einem solchen Zustand wechselseitiger Blockade waren für die betroffenen Menschen und ihre Unterstützer keine Verbesserungen zu erreichen. Darüber hinaus waren die Größenordnung der Probleme und die ambivalenten Auswirkungen traditionell angewandter Kontrollinstrumentarien Anlass für die Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, die Gründung des Katholischen Forums *Leben in der Illegalität* zu initiieren. In diesem haben sich die in diesem Bereich aktiven Institutionen der Kirche zusammengeschlossen, um gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren auf eine Entemotionalisierung der Debatte und eine lösungsorientierte Diskussion hinzuwirken.

Nach seiner Gründung hat das Katholische Forum gemeinsam mit dem Rat für Migration und der Katholischen Akademie Berlin einen neuen Anlauf unter-

nommen, die politische Diskussion über den ‘Problemkomplex Illegalität’ zu versachlichen und ‘in die Mitte der Gesellschaft’ zu führen. Die wichtigsten Instrumente, um dies zu erreichen, waren und sind das „Manifest Illegalität“ – für das eine breite parteien- und gruppenübergreifende Unterstützung gewonnen werden konnte – und die Jahrestagung Illegalität.

Ein wichtiges Ziel der Jahrestagung Illegalität ist es, ein Forum für den regelmäßigen vertrauens- und respektvollen Dialog zwischen Kirche, Wissenschaft, Politik und Praxis bereit zu stellen, auf dem Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Verbesserungen pragmatisch sondiert und diskutiert werden können.

Diese Zielsetzung wird von Bundestagspräsident *Wolfgang Thierse* in seinem Grußwort zu Beginn der Tagung unterstützt, wenn er mahnt, auch in Deutschland eine Balance zu finden zwischen der Wahrung der Würde eines jeden Menschen und der Wahrung des Rechts des Staates auf Regelung von Zuwanderung und Arbeitsmarkt, zwischen dem Schutz des Menschen vor Missbrauch und dem Recht des Staates, die Gemeinschaft und das Gemeinwohl vor Missbrauch zu schützen.

Der Berliner Ortsbischof *Georg Kardinal Sterzinsky* skizziert in seinem Grußwort die Geschichte des Engagements der Katholischen Kirche für eine sachgemessene Auseinandersetzung mit dem ‘Problemkomplex Illegalität’: Beginnend mit 1993 rekapituliert er die Versuche der Katholischen Kirche ausgehend von Berlin, aber auch darüber hinaus, Brücken zwischen Betroffenen und ihren Unterstützern einerseits und der Aufnahmegesellschaft und ihren Repräsentanten andererseits zu schlagen und einen konstruktiven Dialog in Gang zu bringen.

Der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Münsteraner Weihbischof *Dr. Josef Voß*, erläutert in seinem anschließenden Einleitungsbeitrag, wie sich das Engagement der Kirche für ‘Illegale’ aus dem Selbstverständnis und Sendungsauftrag der Kirche ableitet: Es hat seinen tiefen Ursprung in der christlichen Überzeugung vom Menschen als Gottes Ebenbild. Rechte und Würde werden dem Menschen nicht vom Staat zuerkannt und können ihm entsprechend auch nicht aberkannt werden. Die Kirche sieht sich hier in einer Anwaltsfunktion, um Staat und Gesellschaft immer wieder daran zu erinnern.

Der erste Teil des Buches behandelt ökonomische, rechtliche, rechtsphilosophische, kriminologische und soziologische Problemstellungen, wie sie mit illegaler Migration und unerlaubtem Aufenthalt verbunden sind. Die Beiträge erläutern einige der komplexen Rahmenbedingungen für die dauerhafte Entstehung illegaler Migrationssysteme und der damit verbundenen Folgeprobleme.

Ökonomische Zusammenhänge sind der Gegenstand des Beitrags von *Dr. Dominik Enste* und *Professor Dr. Friedrich Schneider*. Illegale Ausländerbeschäftigung ist eine Facette der globalen und nationalen Schattenwirtschaft, deren Ausbreitung nicht erst seit Ende der neunziger Jahre als Problem erkannt worden ist. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen Schattenwirtschaft und illegaler Migration nicht so einfach wie vielfach angenommen wird. Entsprechend greifen auch viele populäre Lösungsansätze nicht: Es werden zu große Hoffnungen auf härtere Strafen und stärkere Kontrollen gesetzt und darüber werden die immensen Kosten der Bekämpfung vernachlässigt. Eine aussichtsreiche Bekämpfung irregulärer ökonomischer Transaktionen muss, so die Autoren, an ihren Ursachen ansetzen, etwa einer übermäßigen und intransparenten Steuer- und Abgabenbelastung, den zu stark einschränkenden Arbeitsmarktregulierungen sowie der zweifelhaften Qualität staatlicher Institutionen und Verwaltungen.

Die immer wieder kehrende Einbettung illegaler Migration und 'illegaler' Migranten in die Debatte der Bekämpfung von (Schwer-)Kriminalität und Terrorismus ist Hintergrund des Beitrags von *Prof. Dr. Hans-Jörg Albrecht*. Ausgehend von der empirisch-statistischen Datenlage sowie einer Sondierung der wissenschaftlichen Literatur und Fachdebatte belegt er, dass 'illegale' Migranten kein Sicherheitsrisiko darstellen, da sie vor allem durch ausländerrechtliche Delikte auffallen. Die Annahme wird vertreten, dass durch die Bedingungen der Illegalität gleichzeitig präventive Mechanismen in Gang gesetzt werden, die verhindern, dass sich illegale Immigranten in krimineller Hinsicht auffällig verhalten. 'Illegale' Migranten seien also nicht gefährlich, sie seien aber gefährdet und einem besonders großen Viktimisierungsrisiko ausgesetzt, was mit dem Mangel an rechtlichen Schutzmechanismen für diese Personengruppe zusammenhängt. Die langsam stärker werdende Aufmerksamkeit auf europäischer und nationaler Ebene für den Bereich des Menschenhandels deute aber einen Wandel in der Behandlung dieses Themas hin zu einer eher menschenrechtlich geprägten Perspektive an.

Hier setzt der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, *Dr. Heiner Bielefeldt*, vertiefend an. Es geht ihm in seinem Beitrag nicht nur darum zu zeigen, dass kein Widerspruch besteht zwischen dem Recht des Staates auf Zuwanderungskontrolle und der Pflicht des Staates, auch 'Illegalen' Rechte zu gewähren. Unter Rekurs auf den so genannten „Menschenrechtsansatz“ beansprucht er zudem, zeigen zu können, dass die individuellen Rechte unveräußerlich und grundlegend sind, während in Relation dazu das Recht des Staates auf Zuwanderungskontrolle ein funktional-abgeleitetes Recht ist. Der Staat ist aus der Sicht des Autors daher verpflichtet, dem normativen Vorrang der Menschenrechte Rechnung zu tragen und auch für 'Illegale' Bedingungen zur faktischen Inanspruchnahme ihrer grundlegenden Rechte zu schaffen.

Prof. Dr. Michael Bommers eröffnet mit einer Analyse irregulärer Migration in der globalisierten Weltgesellschaft und untersucht von dort her die Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen der Kontrollfähigkeit des Nationalstaates. Er argumentiert, dass illegale Migration systematisch auf der Rückseite staatlicher Migrationspolitik und -kontrolle entstehe und ihre Grundlage in dem Widerspruch der modernen Gesellschaft habe, zugleich vielfältige Migrationsmotive zu erzeugen und unter politischen Gesichtspunkten wieder einzuschränken. Mit illegaler Migration seien eine Reihe von sozialen Struktureffekten verbunden, die aber zu wenig erforscht seien. Die aus illegaler Migration resultierenden Paradoxien schlossen einfache Lösungen aus, gleichgültig ob diese diese kontrollpolitisch oder menschenrechtspolitisch orientiert seien.

Der zweite Teil des Buches versammelt Beiträge zur Problematik illegaler Migration aus der Perspektive der Politik und Verwaltung, d.h. von Männern und Frauen, die bei der Setzung und Durchsetzung legislativer und administrativer Rahmenbedingungen für die Handhabung illegaler Migration und ihrer sozialen Folgeprobleme Verantwortung tragen.

Zunächst untersucht die ehemalige Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB*, die Frage, ob bzw. inwieweit Humanität und Politik, Moral und Recht widerstreitende oder gar widersprüchliche Prinzipien sind. Nach einer philosophisch-historischen Analyse kommt sie zu dem Schluss, dass auch in der Gegenwart Politik in jedem Bereich mit Blick auf die geltende, in ihrer Lesart materiell-wertgebundene Verfassung an rechtlichen und moralischen Maßstäben der Kritik zu orientieren sei. Konkrete Veränderungen und Verbesserungen, auch im Hinblick auf den Umgang mit 'Illegalen', könnten aber nicht erreicht werden, indem lediglich 'moralisiert' und appelliert werde, sondern indem durch Aufklärung über Sachverhalte und Zusammenhänge Rückhalt in der Bevölkerung gesucht und demokratische Mehrheiten hergestellt würden.

Diese Analyse und Perspektive wird von der Vorsitzenden des Innenausschusses, *Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, MdB*, und der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, *Christa Nickels, MdB*, aufgenommen. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast legt dar, wie sehr in den vergangenen Jahren das Problem der aufenthaltsrechtlichen Illegalität einseitig oder verzerrt – etwa in Bezug auf Kriminalität oder Terrorismus – in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei, während man seitens der Politik, vor allem in Expertenzirkeln – etwa der Unabhängigen Kommission Zuwanderung oder dem Innenausschuss – sich bereits anderen Akzenten angenähert habe. Auch Christa Nickels verweist auf konkrete Vorarbeiten, wie sie in ihrer Zeit als Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium im Bereich der Gesundheitsversorgung 'Illegaler' geleistet wurden, die aber später nicht in die Praxis umgesetzt worden seien. Beide Politikerinnen schließen sich der Analyse von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an, dass eine differen-

zierte und sachgemessene Präsentation und Diskussion der Probleme in der Öffentlichkeit der Schlüssel seien, um in Deutschland pragmatische Verbesserungen zu erzielen. Dies gelte insbesondere für die sozialen Menschenrechte, und ein bedeutsamer Schritt dazu sei die rechtliche Klarstellung, dass humanitär motivierte Hilfe für 'Illegale' nicht als strafrechtlich relevante Beihilfe zu unerlaubtem Aufenthalt gelte.

Problemstellungen illegaler Migration aus der Sicht der politischen Verwaltung behandeln die Beiträge von *Hans-Joachim Stange* und *Dr. Christian Klos*. Beide erläutern und rechtfertigen derzeit in Deutschland und der Europäischen Union praktizierte Politikansätze im Umgang mit dem Problemkomplex Illegalität, sie gehen aber auch auf Grenzen ein, mit denen sich Verwaltungen in ihrer administrativen Praxis, etwa Kontrollen, konfrontiert sehen. Beide gehen davon aus, dass Deutschland und die Europäische Union auch künftig mit illegaler Zuwanderung und unerlaubtem Aufenthalt rechnen müssen, beide setzen sich mit der Forderung und Notwendigkeit auseinander, eine Balance zwischen Regulierung einerseits und der Gewährleistung von grundrechtlich minimalen Standards andererseits zu finden. Eine derartige Pragmatik, so die Autoren, orientiere sich an der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung und erübrige nicht die Sinnhaftigkeit von Versuchen, die Kontrolle von Kriminalität und Zuwanderung stetig zu verbessern. Sie öffnet aber auch die Tür für eine Auseinandersetzung mit dem Unvermeidlichen, nämlich dem Umgang mit jenen Menschen, die sich trotz aller Kontrollbemühungen unerlaubt in Deutschland aufhalten.

Welche Probleme stellen sich in Deutschland 'illegalen' Migranten selbst und ihren Unterstützern? Einblicke dazu eröffnen die Beiträge von 'Praktikern', die im dritten Teil des Bandes gesammelt sind.

Eröffnet wird dieser Teil mit einer Übersicht, in der *Vera Borgards*, Referentin beim Deutschen Caritasverband für die Belange von Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität, die feinen, aber für die praktische Arbeit bedeutsamen Unterschiede zwischen „Recht haben“ und „Recht bekommen“ erläutert. Dazu geht sie ein auf das Recht auf Freiheit von Sklaverei und Zwangsarbeit, das Recht auf Familie sowie die sozialen Grundrechte der Gesundheitsversorgung und des Schulbesuchs.

In den weiteren Beiträgen berichten: Schwester *Dr. Lea Ackermann* von der Nichtregierungsorganisation Solwodi e.V. über Erfahrungen aus ihrer Arbeit mit Menschenhandelsopfern; *Matthias Kirchner*, Generalsekretär der Europäischen Gewerkschaft für Wanderarbeitnehmer, über die Ausbeutung von Arbeitsmigranten mit prekärem oder fehlendem Aufenthaltsstatus; *Dr. Adelheid Franz* von der MalteserMigrantenMedizin Berlin über die Probleme in der medizinischen Versorgung von Menschen ohne Versicherungsschutz und Aufenthaltsstatus.

Ein Leitgesichtspunkt der Tagung war die Frage: „Was kann, was soll in Deutschland angesichts illegaler Migration und der Anwesenheit von ‘Illegalen’ getan werden?“ Dies explizit in einem Kreis von Repräsentanten unterschiedlicher politischer Ebenen, der Kommunen, des Bundes und der Europäischen Union, zur Diskussion zu stellen, war die Zielsetzung einer die Tagung beschließenden Podiumsdiskussion. Unter der sachkundigen Leitung von *Beatrice von Weizsäcker* konnten dafür der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste im Münchener Rathaus, *Siegfried Benker*, der stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, *Wolfgang Bosbach*, *MdB*, der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, *Lutz Diwell* und der Policy Officer des Jesuit Refugee Service Europe, *Sr. Cornelia Bührle* gewonnen werden.

Aus Sicht der Veranstalter ist das primäre Ziel der Tagung, einen offenen Dialog zwischen Kirche, Wissenschaft, Politik und Verbänden zu führen, erreicht worden. Die mit der bisherigen Diskussion des Illegalitätsthemas Vertrauten werden über manche Konvergenz überrascht sein, die in den bisherigen öffentlichen Auseinandersetzungen über das Thema und der damit verbundenen Polarisierung bisher eher verdeckt waren.

Der hier vorgelegte Band dokumentiert die Ergebnisse dieser Tagung, einem Versuch, jenseits tagespolitischer Aufgeregtheiten die Aufmerksamkeit auf grundlegende und dauerhafte Aspekte des Problemkomplexes Illegalität zu lenken, denn: Wer wird sich zum Publikationszeitpunkt dieses Bandes an die im ersten Halbjahr 2005 breit diskutierten und spektakulären Details des ‘Fleischer-skandals’ in Nordostdeutschland oder der ‘Visaaffäre’ erinnern? Diese dürfen auch getrost vergessen werden.

Hingegen dürfen Fragen der Gesundheitsversorgung für ‘Illegale’, der Beschulung ihrer Kinder, der rechtlichen Unsicherheit, in der sich humanitär motivierte Helfer befinden nicht vergessen werden. Es sind Probleme, die sich seit Jahren stellen. Sie werden in den kommenden Jahren für die Migranten ebenso wie die Gesellschaft bedeutsam bleiben und bedürfen entsprechend eines nachhaltigen und kreativen Einsatzes.

Prof. Dr. Michael Bommes, Vorsitzender, Rat für Migration

Dr. Susanna Schmidt, Direktorin, Katholische Akademie Berlin

Dr. Josef Voß, Weihbischof, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und des Katholischen Forums Leben in der Illegalität